

Soziale Rechte in der Pandemie

Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die Jüngsten und Ältesten

Die wichtigsten Punkte

- Die Covid-19-Krise hatte auf die **jüngsten** und **ältesten** Menschen in der europäischen Bevölkerung **besonders negative Auswirkungen**
- **Kinder** und **Jugendliche** sind überproportional oft **von Armut betroffen**. Ähnlich wie im Anschluss an die Finanzkrise ab 2008, muss für die kommenden Jahre mit einem weiteren **Anstieg der Kinderarmut** gerechnet werden
- Die verordneten **Schließungen von Bildungseinrichtungen** wirkten sich vor allem auf den primären und sekundären Bildungssektor stark negativ aus. Darunter litten Schüler:innen in vulnerablen Situationen am stärksten
- Von der Krise am **Arbeitsmarkt** waren **junge Arbeitnehmer:innen** deutlich **stärker betroffen** als der Durchschnitt. Die Erholung der Beschäftigungsquote fiel für sie unterdurchschnittlich aus
- Die Pandemie und die verhängten Maßnahmen führten zu einer **massiven Verschlechterung der psychischen Gesundheit** von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen
- Die **Gesundheit älterer Menschen** litt am dramatischsten unter der Pandemie. Der **eingeschränkte Zugang zu Gesundheitsleistungen** traf vor allem jene unter ihnen, die bereits vor der Pandemie mit gesundheitlichen bzw. wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hatten
- Vor allem für **Pensionist:innen**, die bereits vor der Krise Probleme hatten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, verschlechterte sich die ökonomische Situation. Für einige von ihnen verschärfte sich die Lage, weil (informelle) **Zuverdienstmöglichkeiten wegbrachen**.

- Angesichts der Nachwehen der Covid-19-Krise sowie der aktuellen Teuerungs- und Energiekrise bedarf es einer **politischen Reaktion** die verhindert, dass die jüngsten und ältesten Teile der Bevölkerung überproportional stark unter den Auswirkungen leiden. Das beinhaltet auch die **umfassende Garantie** ihrer **sozialen Rechte**.

In Kooperation mit der **Arbeiterkammer** untersucht das **Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte** die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die sozialen Menschenrechte in Europa. Die rechtliche Basis dafür bilden die in der (revidierten) **Europäischen Sozialcharta** (RESC) für Österreich und 42 weitere europäische Staaten völkerrechtlich verbindlich verankerten **sozialen Rechte**.

Hintergrund

Die Covid-19-Krise und die in ihrem Rahmen ergriffenen Maßnahmen brachten für die einzelnen Bevölkerungsteile unterschiedliche Belastungen mit sich. **Überproportional negativ** wirkte sich die Krise auf die **sozialen Rechte der ältesten und jüngsten Teile der Bevölkerung** aus. Während hinsichtlich älterer Menschen – vor allem zu Beginn der Pandemie – die eingeschränkte gesundheitliche Versorgung und die Isolation durch die verhängten Besuchsverbote in institutionellen (Gesundheits-)Einrichtungen im Fokus der Aufmerksamkeit standen, waren es bei den Kindern und Jugendlichen vor allem der eingeschränkte Zugang zu (Aus-)Bildung und die besonders drastischen Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

Obwohl Kinder vergleichsweise selten ernsthaft an Covid-19 erkranken, leiden sie überproportional stark unter den negativen Auswirkungen der ergriffenen Maßnahmen und den damit verbundenen Langzeitfolgen (Kludt 2022). Bereits vergangene Gesundheitskrisen, wie bspw. die Ebola-Epidemie in Westafrika 2014-2016, zeigten, dass Epidemien sowie die **sozioökonomischen Auswirkungen** der damit verbundenen Präventionsmaßnahmen zu einer **Vertiefung bestehender** bzw. einer **Entstehung neuer Risikolagen** für Kindern führen (Solerdelcoll, Arango & Sugranyes 2021). Wie in vielen anderen Bereichen auch, hat die Covid-19-Krise bestehende Ungleichheiten offengelegt und weiter verschärft (Lochner & Kludt 2021).

Armut und soziale Sicherheit

RESC Artikel 17 – Das Recht der Kinder und Jugendlichen auf sozialen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz

Kinder und Jugendliche sind besonders häufig mit **Armut** konfrontiert (Butterwegge & Butterwegge 2021). Bereits im Zuge der Finanzkrise ab 2008 stiegen die Zahlen in Europa stark (Cantillon et al. 2020) und von Armut bedrohte Kinder sowie Kinder in besonders vulnerablen Situationen – etwa auf Grund von fehlendem Erwerbseinkommen in der Familie, alleinerziehenden Eltern oder Migrationshintergrund – litten am stärksten und längsten unter der Rezession (Fanjul 2014). In der Covid-19-Krise hat sich unter anderem gezeigt, dass sich die Situation für einkommensschwache Familien besonders prekär entwickelte. Daten aus Großbritannien zeigen beispielsweise, dass einkommensstärkere Familien während der Pandemie im Durchschnitt Ausgaben einsparen konnten, während die Ausgaben für einkommensschwächere Familien mit unterhaltspflichtigen Kindern – unter anderem auf Grund des fehlenden Zugangs zu bestimmten (kostengünstigen oder kostenlosen) Leistungen – deutlich anstiegen (Brewer & Patrick 2021).

Auch wenn genaue Prognosen noch schwer zu treffen sind, deutet vieles darauf hin, dass die Zahl der armutsgefährdeten Kinder ohne politische Gegenmaßnahmen – auch aufgrund der aktuell hohen Teuerungsraten – im Anschluss an die Covid-19-Krise steigen wird. Auch, weil während der Pandemie deutlich wurde, dass die bestehenden Unterstützungsangebote und Hilfsleistungen nicht ausreichten, um die Folgen der Pandemie für von Armut gefährdeten Personen auszugleichen.

In **Deutschland** wird nicht zuletzt deshalb an der Umsetzung einer **Kindergrundsicherung** gearbeitet. Diese soll Kinderarmut beenden. Während die genaue Ausgestaltung noch ungewiss ist, soll sie laut Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung jedenfalls einen **einkommensunabhängigen Garantiebetrag** umfassen sowie einen **Zusatzbetrag**, der nach Einkommen des/der Elternteil(e) gestaffelt wird. Das Bündnis Kindergrundsicherung, ein Zusammenschluss aus unterschiedlichen Stakeholdern und Akademiker:innen, der sich seit vielen Jahren für die Einführung einer Kindergrundsicherung eingesetzt, begrüßt das Vorhaben, betont aber, dass v. a. die Höhe der ausbezahlten Leistungen entscheidend dafür sein wird, ob es gelingt, Kinderarmut effektiv und nachhaltig zu bekämpfen (Bündnis Kindergrundsicherung 2022). Um die Zeit bis zur Einführung der Kindergrundsicherung zu überbrücken, wurde Anfang Juli 2022 ein **Sofortzuschlag** eingeführt. Von Armut betroffene Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhalten in dessen Rahmen monatlich 20 Euro zusätzlich (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2022). Keine Berücksichtigung findet im Konzept Kindergrundsicherung bisher allerdings der für die Armutsbekämpfung ebenso wichtige Ausbau bzw. die Verbesserung von Sachleistungen, wie etwa guter Kinderbetreuung oder Ganztageschulen mit Lernunterstützung

Bildung

RESC Artikel 17 - Das Recht der Kinder und Jugendlichen auf sozialen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz

Auch auf den (vor allem primären und sekundären) Bildungssektor hatte die Pandemie gravierende Auswirkungen. In ganz Europa wurden Kindergärten, Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen geschlossen und auf **Distanzunterricht** umgestellt. Sowohl für Lehrende als auch Lernende und deren Familien war diese Umstellung mit großen Herausforderungen verbunden. Die Teilnahme am Distanzunterricht setzt unter anderem die Verfügbarkeit einer entsprechenden technischen Ausstattung und eine Internetverbindung von ausreichender Qualität voraus. Voraussetzungen, an denen es gerade in sozioökonomisch benachteiligten Haushalten oft fehlt (Adedoyin & Soykan 2020). Viele Eltern konnten ihre Kinder im digitalen Schulalltag außerdem kaum unterstützen, weil ihnen die Möglichkeit der Telearbeit verwehrt blieb. So zum Beispiel Pfleger:innen oder Supermarktangestellte.

Wenig überraschend zeigte sich schnell, dass Schüler:innen, die sich auf Grund bestimmter Bildungs-, Umgebungs- oder sozialer Faktoren in **vulnerablen Situationen** befinden, stärker von den Folgen der Schulschließungen betroffen waren (Whitley, Beauchamp & Brown 2021). Das betraf im Besonderen Kinder und Jugendliche aus Haushalten, die über ein geringeres Niveau an formeller Bildung bzw. nicht über die entsprechenden technischen und räumlichen Möglichkeiten verfügten, was wiederum bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund besonders häufig der Fall ist. Privatschulen und Schulen, die vor allem von sozioökonomisch bessergestellten Schüler:innen besucht werden, konnten tendenziell ein umfassenderes Angebot bezüglich Distanzunterricht und einen intensiveren Austausch zwischen Lehrenden und Lernenden anbieten. Umgekehrt erhielten schlechter gestellte Schüler:innen weniger Betreuung und waren stärker auf die Unterstützung ihrer Eltern – und damit deren Bildungsstand – angewiesen, wodurch sich Bildungsungleichheiten weiter verschärft haben (Blundell et al. 2020).

Eine aufrechte **Kommunikation** zwischen Lehrer:innen, Schüler:innen, ihren Familien und anderen Beteiligten ist im Falle von

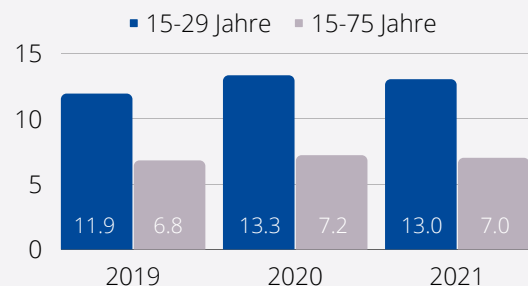
Schulschließungen von essenzieller Bedeutung (Baytiyeh 2017). Vielerorts wurden daher Maßnahmen ergriffen bzw. Programme entwickelt, die zu einer besseren Kommunikation beitragen. In **Spanien** wurde bspw. im Frühjahr 2020 rasch eine Palette von **Online-Plattformen** (z. B. Edugestió) und **Apps** implementiert, um sicherzustellen, dass der Kontakt zwischen Schulen und Lehrer:innen einerseits und Schüler:innen und ihren Familien andererseits aufrecht erhalten bleibt. Dadurch sollte auch verhindert werden, dass vor allem Schüler:innen in vulnerablen Situationen keinen ausreichenden Austausch mit den Lehrenden halten bzw. über keine ausreichende Unterstützung durch die Eltern verfügen (European Parliament 2020).

Arbeitsmarkt

RESC Artikel 1 – Das Recht auf Arbeit

Die Covid-19-Krise hat sich auf die **Beschäftigungssituation von jungen Arbeitnehmer:innen** dramatischer ausgewirkt als auf andere Altersgruppen. In einkommensstarken Ländern fiel die Beschäftigungsquote unter jungen Personen teils fünfmal so stark, wie unter den übrigen Altersgruppen (ILO 2021), wobei junge Frauen wiederum besonders stark betroffen waren (Eurofound 2020). Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich im Vergleich zum Vorkrisen-Niveau noch immer nicht im selben Ausmaß erholt wie die generelle Arbeitslosenquote (European Commission 2022).

Arbeitslosigkeit in der EU nach Alter (in %)



Quelle: Eurostat

Dabei gilt es zu bedenken, dass Arbeitslosenquoten diese Schieflage nur ungenügend abbilden können, weil der Verlust des

Arbeitsplatzes bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen während der Pandemie oft in einem Rückzug vom Arbeitsmarkt resultierte (ILO 2021). Jugendliche und junge Erwachsene sind nicht zuletzt deshalb besonders stark von der Covid-19-Krise (bzw. früheren Wirtschaftskrisen) betroffen, weil sie häufig unmittelbar vor dem Einstieg in den Arbeitsmarkt bzw. am Beginn ihrer Berufslaufbahn stehen und oft in prekären bzw. befristeten Arbeitsverhältnissen arbeiten. Konkret verfügt fast die Hälfte der jungen Arbeitnehmer:innen nur über einen befristeten Arbeitsvertrag, während dies insgesamt lediglich auf jede:n zehnte:n Arbeitnehmer:in zutrifft (European Commission 2022).

Um diesen Entwicklungen zu begegnen wurden quer durch Europa Maßnahmen ergriffen. Einige Länder implementierten spezielle Programme, die eine Einstellung von Jugendlichen bzw. jungen Arbeitnehmer:innen subventionierten. So zum Beispiel **Frankreich**. Im Rahmen des „**one young person, one solution**“-Plans, ausgestattet mit Budgetmitteln in Höhe von 9 Milliarden Euro, stärkte die französische Regierung die Beschäftigungsförderung, initiierte spezielle Ausbildungsprogramme für benachteiligte Jugendliche und subventionierte deren Einstellung durch entsprechende Zuschüsse. Im Rahmen dieser Subventionierungen wurden Arbeitgeber:innen bis zu 4.000 Euro ausbezahlt, wenn diese eine:n Arbeitnehmer:in unter 26 Jahre einstellten. Bedingung dafür war, dass die jeweiligen Arbeitnehmer:innen einen unbefristeten Arbeitsvertrag bzw. einen Arbeitsvertrag über eine Dauer von mindestens drei Monate erhalten.

Laut einer im Mai 2021 veröffentlichten Studie des Ministeriums für Arbeit führte diese Maßnahme zwar insgesamt nicht zu einer höheren Beschäftigungsquote unter jungen Menschen, dafür aber dazu, dass diese sich **häufiger in unbefristeten bzw. langfristigen Arbeitsverträgen** befinden. Konkret sollen die Zahlen um 7 % bzw. 60.000 Arbeitsplätze gestiegen sein (Dares 2021). Außerdem gab es u. a. Förderungen in der Höhe von 5-8.000 Euro für die Einstellung von Lehrlingen sowie in der Höhe von 12.000

Euro für Praktika in Unternehmen, die im Bereich des Energie- bzw. ökologischen Wandels arbeiten (Eichhorst et al 2022).

Gesundheit

RESC Artikel 11 – Das Recht auf Schutz der Gesundheit

Schwere Krankheitsverläufe und Todesfälle treten bei unter 18-Jährigen am seltensten auf und Infektionen mit dem Covid-19 Virus verlaufen besonders häufig asymptomatisch (European Centre for Disease Prevention and Control 2020). Größere Infektionsherde, beispielsweise in Schulklassen, bleiben dadurch oft unentdeckt und stellen so auch eine Gefahr für gesundheitlich besonders stark gefährdete Gruppen dar (Asanati, Voden & Maheed 2021).

Die Covid-19-Krise hat aber vor allem zu einer massiven **Verschlechterung des mentalen Gesundheitsstatus** von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen geführt. Die Zunahme an diagnostizierten Depressionen, Post-Traumatischen-Belastungs- und Angststörungen ist unter anderem auf die räumliche und soziale Isolation, mehr häusliche Gewalt sowie die allgemeine Belastung durch die Pandemie zurückzuführen (Guessoum et al 2020). Die Schließung von Schulen hat zu einem **Wegfall von sozialer Interaktion** geführt, der sich wiederum negativ auf den emotional-kognitiven Lernprozess der Schüler:innen ausgewirkt und zu gewalttätigem und anti-sozialem Verhalten geführt hat (Katić et al. 2021). Aber auch Einkommensverluste der Eltern führten zu einer erhöhten psychischen Belastung, weshalb sich die Zunahme bei Kindern in **sozioökonomisch benachteiligten Familien** besonders stark niederschlug (Moulin et al. 2022). Speziell zu Beginn der Covid-19-Pandemie wurde vielerorts übersehen, welche gravierenden Folgen der eingeschränkte Zugang zu psychischen Gesundheitsleistungen, Fürsorge- und Schutzangeboten sowie die massive Reduktion von sozialen Kontakten und anderen Aktivitäten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit sich brachten (Fegert et al. 2021). Eine ausreichende

psychische Gesundheitsversorgung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen war in vielen europäischen Ländern bereits vor der Pandemie nicht gewährleistet – so auch in Österreich. Durch die Pandemie und die damit verbundene Zunahme psychischer Erkrankungen unter Kindern und Jugendlichen sind die Versorgungssysteme endgültig an den Rand des Zusammenbruchs geraten (Plener et al. 2021). Um die dramatischen Auswirkungen der Pandemie bzw. der verhängten Maßnahmen auf die mentale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen abzufedern, implementierten viele europäische Staaten **technische Hilfsangebote** wie Telefonhotlines und Online-Beratungen oder setzten auf **Informationskampagnen**.

Besonders umfassend reagierte u. a. **Island** auf die negativen Auswirkungen, die die Pandemie auf die psychische Gesundheit auf junge Menschen hatte. Dort wurde vom Gesundheitsministerium u. a. ein Ausschuss eingesetzt, der die Auswirkungen der Pandemie auf die mentale Gesundheit der Bevölkerung erheben sollte. Der erste Bericht des Ausschusses befasste sich mit der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Bereits 2020 wurden in Reaktion auf die Pandemie zusätzliche 540 Millionen Isländische Kronen (rund 3,9 Millionen Euro) in **psychische Gesundheitsleistungen** investiert, wiederum mit einem speziellen Fokus auf Kinder und Jugendliche sowie den Ausbau der psychosozialen Grundversorgung. Im Jahr 2021 wurden nicht nur diese Programme weiterfinanziert, sondern weitere 600 Millionen Isländische Kronen (rund 4,3 Millionen Euro) in die **psychische Versorgung und Sozialdienste für Kinder und Jugendliche** investiert. Zusätzlich wurden u. a. ein landesweites Team für die psychische Versorgung von Kindern eingerichtet, die entsprechende Versorgung in Schulen und Universitäten verbessert und ein Programm initiiert, um die Wartezeit auf psychische Behandlungen zu verkürzen (United Nations 2022).

Ältere Menschen

Betreffend ältere Personen rückte die Covid-19-Pandemie vielfach deren **medizinische und pflegerische Versorgung** in den Fokus der Aufmerksamkeit. Aber auch hinsichtlich der sozialen Sicherheit brachte die Pandemie für diese Personengruppe zahlreiche Herausforderungen mit sich. Etwa, weil Zuverdienstmöglichkeiten ausfielen oder bestimmte soziale Dienste nur noch online zugänglich waren.

Gesundheit

RESC Artikel 11: Das Recht auf Schutz der Gesundheit

Schnell wurde deutlich, dass die **Gesundheit älterer Menschen** durch das Covid-19-Virus am stärksten bedroht ist. Diese sind häufiger mit schweren Krankheitsverläufen konfrontiert und verzeichnen die höchsten Todeszahlen. So entfielen zu Beginn der Pandemie **86.6 % der Todesfälle** in Europa auf die Bevölkerungsgruppe der über-70-jährigen (Cohen et al. 2020). Bestehende **personelle Engpässe** traten durch die Krise besonders im Gesundheits- und Pflegebereich deutlich hervor.

Der **Zugang zu Gesundheitseinrichtungen** wurde zeitweise massiv eingeschränkt. Nichtlebensnotwendige Operationen mussten verschoben werden und viele ärztliche Praxen konnten nur noch telefonisch konsultiert werden, wodurch der Zugang zu ärztlicher Versorgung schwieriger und damit seltener wurde (Millner et al. 2020). Dabei zeigte sich, dass der Zugang für jene Personen überproportional stark erschwert wurde, die bereits vor der Krise mit einem schlechteren Gesundheitszustand und/oder einer prekären wirtschaftlichen Situation konfrontiert waren (Arnault, Jusot & Renaud 2021).

Ältere Personen, die in Alten- und Pflegeeinrichtungen untergebracht waren, waren besonders gefährdet, sich mit dem Virus zu identifizieren. Diese Tatsache führte vielerorts zu einer Implementierung von **Maßnahmen zur räumlichen Trennung**

bzw. **Isolation**, die sich wiederum stark negativ auf das **psychische Wohlbefinden** der Betroffenen auswirkten (Frisina Doetter, Preuß & Rothgang 2021).

Soziale Sicherheit

Artikel 23 - Das Recht älterer Menschen auf sozialen Schutz*

Die materielle Situation blieb für einen Großteil der **Pensionist:innen** durch die Krise weitgehend unberührt. So auch in Österreich (Fink & Riedel 2020). Hier bildete das staatliche Pensionssystem einen stabilisierenden Faktor. Verschlechtert hat sich die Situation allerdings für jene, die bereits vor der Krise Schwierigkeiten hatten über die Runden zu kommen. Pensionist:innen, die vor der Krise auf Zuverdienste (durch oft informelle Tätigkeiten) angewiesen waren, litten unter dem häufigen Wegfall dieser Einnahmequellen (Dawid 2021).

In diversen europäischen Ländern wurden in Reaktion auf die Pandemie **Einmalzahlungen** (in Höhe von 200 Euro) für Pensionist:innen (z. B. Lettland) bzw. Personen mit geringen Pensionen (Griechenland) ausbezahlt. Auch in Litauen erhielten Pensionist:innen (und Menschen mit Behinderungen) eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro. In Belgien erhielten die Empfänger:innen der sogenannten Einkommensgarantie für betagte Personen (ab 65 Jahren) von Juli bis Dezember 2020 zusätzliche 50 Euro pro Monat (Eurofound 2022). Diese Maßnahmen wurden von Stakeholdern – etwa dem Litauischen Gewerkschaftsbund – zwar oft begrüßt, führten aber nicht zu strukturellen Veränderungen im Bereich Altersarmut.

Auch die Tatsache, dass der Zugang zu bestimmten Sozialleistungen und –diensten während der Pandemie in einigen Ländern nur noch digital möglich war, stellte vor allem ältere Personen oft vor gravierende Schwierigkeiten.

* Österreich hat **Artikel 23** der Revidierten Europäischen Sozialcharta nach wie vor nicht ratifiziert. Dieser ist daher für Österreich völkerrechtlich nicht verbindlich.

Schlussfolgerungen

Der Faktor **Alter** hatte wesentlichen Einfluss auf die Betroffenheit durch die Covid-19-Krise. Angesichts der anhaltenden Nachwehen der Pandemie sowie der aktuellen Energie- und Teuerungskrise benötigt es eine **politische Antwort**, welche den **Faktor Alter** berücksichtigt und verhindert, dass die jüngsten und ältesten Teile der Bevölkerung überproportional stark von den Auswirkungen der Krise(n) getroffen werden. Teil dieser Antwort muss – auch in Österreich – ein **uneingeschränktes Bekenntnis zu den in der Revidierten Europäischen Sozialcharta verankerten Rechten** sein. Das beinhaltet auch die Ratifikation jener Bestimmungen, die Österreich bisher noch nicht akzeptiert hat, beispielsweise das Recht älterer Menschen auf sozialen Schutz (Artikel 23).

Quellen

Adedoyin, Olasile Babatunde; **Soykan**, Emrah (2020): Covid-19 Pandemic and Online Learning: The Challenges and Opportunities. *Interactive Learning Environments*, 1–13. <https://doi.org/10.1080/10494820.2020.1813180>

Arnault, Louis; **Jusot**, Florence; **Renaud**, Thomas (2021): Economic Vulnerability and Unmet Healthcare Needs among the Population Aged 50+ Years during the COVID-19 Pandemic in Europe. *European Journal of Ageing*. <https://doi.org/10.1007/s10433-021-00645-3>

Asanati, Kaveh; **Voden**, Louise; **Majeed**, Azeem (2021): Healthier Schools during the COVID-19 Pandemic: Ventilation, Testing and Vaccination. *Journal of the Royal Society of Medicine* 114(4), 160–63. <https://doi.org/10.1177/0141076821992449>

Baytiyeh, Hoda (2017): Why School Resilience Should Be Critical for the Post-Earthquake Recovery of Communities in Divided Societies. *Education and Urban Society*, 51(5), 693–711. <https://doi.org/10.1177%2F0013124517747035>

Blundell, Richard; Costa Dias, Monika; Joyce, Robert; Xu, Xiaowei (2020): COVID-19 and Inequalities*. *Fiscal Studies*, 41(2), 291–319. <https://doi.org/10.1111/1475-5890.12232>

Brewer, Mike; **Patrick**, Ruth: Pandemic pressures: Why families on a low income are spending more during Covid-19. Resolution Foundation. Online: <https://www.resolutionfoundation.org/publications/pandemic-pressures/> (11. Jänner 2021)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Sofortzuschlag wird ab sofort ausbezahlt. Online:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/sofortzuschlag-wird-ab-sofort-ausgezahlt-193758> (01.07.2022)

Bündnis Kindergrundsicherung: Umsetzung der Kindergrundsicherung: Wir brauchen einen echten Systemwechsel! Pressemitteilung. Online: http://www.kinderarmut-hat-folgen.de/download/presse/PM_Stellungn_Koa_Vertrag_Buendnis_KGS_2022_DKSB_Kontakt.pdf (16.03.2022)

Butterwegge, Carolin; Butterwegge, Christoph (2021): Kinderarmut und soziale Ungleichheit in der Schule. In: Resch, Katherina et al. (Hg.): Inklusive Schule und Schulentwicklung. Münster/New York: Waxmann, S. 87-94

Cantillon, Bea, Yekaterina Chzhen, Sudhanshu Handa, Brian Nolan, Aya Abe, Sara Ayllón, Thomas Bahle, u. a. (2017): Children of austerity: impact of the Great Recession on child poverty in rich countries. First edition. Oxford, United Kingdom: UNICEF/Oxford University Press

Cohen, Jérémie F.; Korevaar, Daniël A.; Matczak, Soraya; Chalumeau, Martin; Allali, Slimane; Toubiana, Julie (2021): COVID-19-Related Fatalities and Intensive-Care-Unit Admissions by Age Groups in Europe: A Meta-Analysis. *Frontiers in Medicine* 7 (14. Januar 2021): 560685. <https://doi.org/10.3389/fmed.2020.560685>

Dares (2021): Quels ont été les effets de l'aide à l'embauche des jeunes sur l'emploi des jeunes? Premières évaluations. Ministère du Travail, du Plein emploi et de l'Insertion

Dawid, Evelyn (2021): Armutsbetroffene und die Corona-Krise 2.0. Eine zweite Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen. Wien: BMSGPK

Eichhorst, Werner; Marx, Paul, Rinne, Ulf; Brunner, Johannes: Promoting youth employment during COVID-19: A review of policy responses. *International Labour Organization*. Online https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/documents/publication/wcms_849466.pdf (24. Juni 2022)

Eurofound (2020): Frauen und Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt: Macht COVID-19 die jüngsten Erfolge wieder zunichte? Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

Eurofound (2022): EU PolicyWatch. Database of national-level policy measures. Online: <https://static.eurofound.europa.eu/covid19db/database.html>

European Centre for Disease Prevention and Control (2020): COVID-19 in Children and the Role of School Settings in COVID-19 Transmission – second update. Stockholm: ECDC

European Commission (2022): Employment and Social Developments in Europe. Young Europeans: employment and social challenges ahead. Luxemburg: Publications Office of the European Union

European Parliament: Education in isolation in the pandemic, following the path of Isaac Newton. Briefing. Online: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/651940/EPRS_BRI\(2020\)651940_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/651940/EPRS_BRI(2020)651940_EN.pdf) (4. Juni 2020)

Fanjul, Gonzalo (2014): Children of the Recession: The Impact of the Economic Crisis on Child Well-Being in Rich Countries. Innocenti Report Card 12. Florence, Italy: UNICEF Office of Research – Innocenti

Fegert, Jörg M.; Kehoe, Laura A.; Çuhadaroglu Çetin, Fusun; Doyle, Maeve; Eliez, Stephan; Johannes, Hebebrand; Hillegers, Manon u. a. (2021): Next Generation Europe: A Recovery Plan for Children, Adolescents and Their Families: For the Time after the Pandemic, We Need a Vision and Investments for the Future. *European Child & Adolescent Psychiatry* 30(7), 991–95. <https://doi.org/10.1007/s00787-021-01767-w>

Fink, Marcel; Riedel, Monika (2020): Ältere Personen und Pflegebedürftige. In: BMSGPK (Hg). COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, S. 90-137

Frisina-Doetter, Lorraine; Preuß, Benedikt; Rothgang, Heinz (2021): Taking Stock of COVID-19 Policy Measures to Protect Europe's Elderly Living in Long-Term Care Facilities. *Global Social Policy* 21(3), 529–49. <https://doi.org/10.1177/14680181211013717>

Guessoum, Sélim Benjamin, Lachal, Jonathan; Radjack, Rahmeth; Carretier, Emilie; Minassian, Sevan; Benoit, Laelia; Moro, Marie Rose (2020): Adolescent Psychiatric Disorders during the COVID-19 Pandemic and Lockdown. *Psychiatry Research* 291, 113264. <https://doi.org/10.1016/j.psychres.2020.113264>

ILO (2021): An update on the youth labour market impact of the COVID-19 crisis. Statistical Brief. Online: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/documents/briefingnote/wcms_795479.pdf (Juni 2021)

Katić, Sandra; Ferraro, Francesco V.; Ambra, Ferdinando Ivano; Iavarone, Maria Luisa (2021): Distance Learning during the COVID-19 Pandemic.

A Comparison between European Countries. Education Sciences 11(10), 595. <https://doi.org/10.3390/educsci11100595>

Klundert, Michael (2022): COVID-Krise und Kinderrechte: Dogmen pandemiegemäßer Alternativlosigkeit auf dem Prüfstand. Sozial Extra 46(2), 110–14. <https://doi.org/10.1007/s12054-022-00467-2>

Lochner, Barbara; **Klundert**, Michael (2021): „Pole, die nicht schmelzen: Soziale Ungleichheit und Corona“. Sozial Extra 45(1), 4–6. <https://doi.org/10.1007/s12054-020-00341-z>

Millner, Reinhard; Mittelberger, Camilla; Mehrwald, Martin; Weissinger, Lukas; Vandor, Peter; Meyer, Michael. Auswirkungen der COVID-19 Pandemie auf die soziale Infrastruktur in Österreich. In: BMSGPK (Hg). COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich. Wien: BMSGPK, S. 90-137

Moulin, Flore; Bailhache, Marion; Monnier, Maëva; Thierry, Xavier; Vandentorren, Stéphanie; Côté, Sylvana M.; Falissard, Bruno (2022): Longitudinal Impact of Psychosocial Status on Children's Mental Health in the Context of COVID-19 Pandemic Restrictions. European Child & Adolescent Psychiatry. doi: <https://doi.org/10.1007/s00787-022-02010-w>

Plener, Paul L.; Klier, Claudia M.; Thun-Hohenstein, Leonhard; Sevecke, Kathrin (2021): Psychische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Österreich neu aufstellen: Dringender Handlungsbedarf besteht JETZT! neuropsychiatrie 35(4), 213–15. <https://doi.org/10.1007/s40211-021-00409-6>

Solerdellcoll, Mireia; **Arango**, Celso & **Sugranyes**, Gisela (2021): Calling for the Integration of Children's Mental Health and Protection into COVID-19 Responses. Revista de Psiquiatria y Salud Mental 14(2), 113–16. <https://doi.org/10.1016/j.rpsm.2021.02.004>

United Nations: Experts of the Committee on the Rights of the Child Praise Iceland for Allowing Children to Challenge Custody Cases, Ask about Violence against Children and Waiting Lists for Mental Health Treatment. Press release. Online: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/05/experts-committee-rights-child-praise-iceland-allowing-children-challenge> (5. Mai 2022)

Whitley, Jess; **Beauchamp**, Miriam H.; **Brown**, Curtis (2021): The Impact of COVID-19 on the Learning and Achievement of Vulnerable Canadian Children and Youth. FACETS 6, 1693–1713. <https://doi.org/10.1139/facets-2021-0096>

Autor:innen

September 2022

Vincent Perle (Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte)

vincent.perle@univie.ac.at

Karin Lukas (Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte)

karin.lukas@univie.ac.at

Über uns

Das **Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte** (LBI-GMR) ist das größte österreichische Menschenrechtsinstitut. Mit unabhängiger Forschung sorgt das Institut in öffentlichen Debatten mit Fakten für bessere Entscheidungsgrundlagen. Bildungsarbeit, Trainings für Mitglieder der Exekutive und der Justiz sowie Beratung und Monitoring von staatlichen Einrichtungen sorgen dafür, dass die Arbeit auch ganz konkrete Ergebnisse für alle Betroffenen erzielt. Dieser Ansatz macht das Institut einzigartig.

gmr.lbg.ac.at

Das Forschungsprojekt, in dessen Rahmen dieser Policy Brief entstand, wurde durch das **Netzwerk Wissenschaft der AK Wien** finanziert.

